

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 15. Juli 2016 – 8/2016

Wahl und Nichtwahl

Ausgewählte Ergebnisse aus der Studie von GMS im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung vom Frühjahr 2016

Gerhard Hirscher /// Eine repräsentative Umfrage des GMS-Instituts vom Frühjahr 2016 im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung hatte zum Ziel, vor allem die Bereitschaft zum politischen Engagement in Bayern zu untersuchen. Sie erschien am 11. Mai 2016 unter dem Titel „Repräsentative Demokratie und politische Partizipation in Bayern“ und war Teil eines gemeinsamen Projektes aller politischen Stiftungen mit dem Titel „Demokratie braucht Wählerinnen und Wähler“. Dabei standen im Mittelpunkt vor allem die Teilnahme an Wahlen sowie die Gründe für mangelnde Wahlbereitschaft. Im Folgenden soll versucht werden, ausgewählte Ergebnisse in diesem Bereich etwas detaillierter aufzufächern und zusammenzufassen. ///

Wahl und Nichtwahl

Ausgewählte Ergebnisse aus der Studie von GMS im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung vom Frühjahr 2016

Gerhard Hirscher

Wahlen und Abstimmungen

Die Umfrage zeigt, dass sich sowohl bei der Bewertung der Wahlen auf den verschiedenen Ebenen wie auch bei der Einschätzung einzelner Reformvorschläge durchaus Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Altersgruppen oder den Regionen ausmachen lassen. So werden die Kommunalwahlen von 71,6 % der Männer für wichtig oder sehr wichtig gehalten, aber von 75,7 % der Frauen. Bei den Landtagswahlen zeigte sich hingegen kaum ein Unterschied (82,8 % zu 82,0 %) ebenso wie bei den Bundestagswahlen (86,3 % zu 87,0 %). Bei der Bedeutung der Europawahlen – generell mit Abstand am unwichtigsten eingeschätzt – lagen die Männer deutlich hinter den Frauen (50,7 % zu 55,4 %) ebenso wie bei den Bürgerentscheiden (72,1 % zu 76,0 %).



Bei den **Kommunalwahlen** war die Einschätzung der Bedeutung am höchsten in den mittleren Altersgruppen von 35 bis 59 Jahren und noch deutlicher in den Bildungsgruppen mit Abitur und Studium. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund wurden sie ebenfalls deutlich höher eingeschätzt, ebenso bei denen, die zwischen 10 und 19 Jahren in Bayern leben. Innerhalb Bayerns wurde deren Bedeutung am höchsten in Oberbayern gesehen; etwas niedriger in der Oberpfalz und Niederbayern und noch etwas niedriger in Franken sowie in Schwaben. Generell ist die Einschätzung bei den Anhängern aller Parteien deutlich höher als bei den erklärten Nichtwählern.

Diese Aufteilung zeigt sich aber nicht bei der Einschätzung der **Landtagswahlen**: Dort wird die Bedeutung nur bei den Jüngeren (16 bis 34 Jahre) geringer gesehen; in den unterschiedlichen Bildungsgruppen ist sie fast gleich hoch, wenn auch unter denen mit Abitur und Studium etwas höher. Ein Migrationshintergrund sorgt hier für keine Unterschiede in der Bewertung. Bei denen, die länger als 20 Jahre in Bayern leben, ist die Einschätzung der Bedeutung am höchsten, aber bei denen mit unter 10 Jahren nur wenig geringer. In Oberbayern werden die Landtagswahlen am höchsten eingeschätzt; etwas geringer in Franken sowie der Oberpfalz und Niederbayern, aber deutlich geringer in Schwaben. Auch hier ist die Einschätzung bei den bekennenden Nichtwählern sehr gering.

Die **Bundestagswahlen** werden mit steigendem Alter höher eingeschätzt. Allerdings bewerten die Bürger mit Volks- oder Hauptschulabschluss deren Bedeutung deutlich höher als die mit mittlerem Bildungsabschluss; nur bei denen mit Abitur und Studium liegt sie noch höher. Auch hier macht der Migrationshintergrund kaum einen Unterschied. Die Bedeutung der Bundestagswahlen steigt aber deutlich an, je länger die Befragten in Bayern leben. Auch hier ist die Einschätzung am höchsten in Oberbayern vor der Oberpfalz und Niederbayern sowie Franken und schließlich Schwaben. Die erklärten Nichtwähler schätzen die Bundestagswahlen ebenfalls für deutlich weniger wichtig ein, allerdings nicht in dem Ausmaß als bei den Landtagswahlen.

Bei der **Europawahl** steigt ebenfalls die Einschätzung der Bedeutung (allerdings auf niedrigem Niveau) mit dem Alter. Die Wähler mit Abitur und Studium schätzen deren Bedeutung allerdings wesentlich höher ein als die mit mittlerem oder gar niedrigem Bildungsabschluss. Die Befragten mit Migrationshintergrund schätzen sie deutlich weniger wichtig ein. In Oberbayern sowie der Oberpfalz und Niederbayern ist die Einschätzung merklich höher als in Franken und in Schwaben.

Anders bei den **Bürgerentscheiden auf kommunaler und Landesebene**: Die werden am stärksten von den jungen Befragten für wichtig gehalten und denen mit mittleren Abschlüssen. Bei Befragten mit Migrationshintergrund ist die Einschätzung ebenfalls höher. Deutlich höher ist sie bei den Befragten, die schon länger in Bayern leben. In Franken werden sie etwas höher eingeschätzt als in Oberbayern und in der Oberpfalz und Niederbayern; auch hier liegt Schwaben zurück. Von den erklärten Nichtwählern werden sie ebenfalls für eher überdurchschnittlich wichtig gehalten.

Volksentscheide auf Bundesebene werden generell von einer großen Mehrheit von 75,5 % für sinnvoll oder sehr sinnvoll gehalten. Bei den Frauen ist die – ohnehin geringe – Skepsis dabei noch schwächer ausgeprägt. Dabei ist die Befürwortung bei den Jüngeren deutlich höher ebenso bei den Befragten mit niedriger und mittlerer Schulbildung, während sie bei denen mit Abitur und Studium relativ schwächer liegt. Auch hier ist die Einschätzung bei den Befragten mit Migrationshintergrund größer; überdurchschnittlich ist sie auch bei denjenigen, die zwischen 10 und 19 Jahren in Bayern leben. Am stärksten werden sie gefordert in der Oberpfalz und Niederbayern vor Schwaben, Oberbayern und Franken. Auch von einer leichten Mehrheit der bekennenden Nichtwähler werden sie für wichtig erachtet.

Niedrige Wahlbeteiligung – Gegenmittel?

Ist der Rückgang der Wahlbeteiligung eine normale Entwicklung? Dies wird nur von einer kleinen Minderheit so gesehen – bei 9,2 % der Männer und nur 7,9 % der Frauen. Etwa zwei Drittel schreiben dies eher aktuellen politischen Vorgängen zu; am deutlichsten bei den Über-60-Jährigen und den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Auch die Befragten mit Migrationshintergrund sehen dies durchschnittlich weniger als eine normale Entwicklung ebenso wie diejenigen, die erst bis zu 10 Jahre in Bayern leben. In Franken ist die Zustimmung zu dieser These am höchsten; in Schwaben am niedrigsten. Die bekennenden Nichtwähler liegen mit ihrer Bewertung etwa im Durchschnitt.

Die Einführung einer **Wahlpflicht** wird hingegen von Frauen noch etwas stärker abgelehnt als von Männern ebenso wie von den jüngeren Jahrgängen und von den Befragten mit Abitur oder Studium. Überdurchschnittlich hoch ist sie auch bei den Menschen, die schon länger in Bayern leben und in den Regionen am stärksten in Oberbayern; am wenigsten stark in Schwaben. Auch bei den erklärten Nichtwählern ist die Ablehnung höher. Die **Abschaffung der 5%-Sperrklausel** wird hingegen von Männern noch etwas stärker abgelehnt als von Frauen. Die Ablehnung ist ebenfalls größer bei Jugendlichen und den Über-60-Jährigen und deutlich am größten bei den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Am höchsten ist die Ablehnung in Franken; am niedrigsten in der Oberpfalz und Niederbayern. Auch bei den erklärten Nichtwählern ist die Ablehnung ähnlich hoch wie im Durchschnitt. Bei der Frage nach der **Senkung des Wahlalters** unterscheiden sich die Geschlechter kaum. Die Zustimmung geht aber bei den Befragten über 25 Jahren deutlich zurück und ist bei denen mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich niedriger. Höher ist die Zustimmung hier bei den Befragten mit Migrationshintergrund und denjenigen, die noch nicht so lange in Bayern leben. Etwas höher ist die Zustimmung in Schwaben; am niedrigsten ist sie in Oberbayern. Auch bei den erklärten Nichtwählern überwiegt die Ablehnung.

Einer der Vorschläge in der öffentlichen Debatte zur Steigerung der Wahlbeteiligung war auch der einer **Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale**. Eine solche Verlängerung auf den Zeitraum von 8 bis 20 Uhr wird mehrheitlich (und von Frauen wie Männern gleichermaßen) befürwortet. Besonders hoch ist die Zustimmung bei den 16- bis 20-Jährigen und den Befragten mit niedrigerem Schulabschluss. Höher ist die Zustimmung auch bei denen, die weniger als 10 Jahre in Bayern leben sowie in Franken und Schwaben. Bei den erklärten Nichtwählern überwiegt die Zurückhaltung. Jedoch wird die Ausweitung des Wahlzeitraums auf eine Woche mit großer Mehrheit abgelehnt, von Frauen noch etwas stärker als von Männern und am deutlichsten von den jüngeren Altersgruppen sowie den Befragten mit Abitur und Studium. In Schwaben ist die Ablehnung deutlich höher; am niedrigsten ist sie in der Oberpfalz und in Niederbayern. Bei den erklärten Nichtwählern fällt die Ablehnung etwas geringer aus.

Ein weiterer Vorschlag, nämlich der, die **bundesweite Briefwahl** durch den Bundeswahlleiter durch Anzeigen in Zeitungen, dem Internet und den sozialen Netzwerken **bekannt zu machen**, wird ebenfalls etwas stärker von den Frauen unterstützt. Noch stärker als bei den Jugendlichen wird er von den mittleren Jahrgängen und sogar den Über-60-Jährigen unterstützt sowie den Befragten mit Volks- und Hauptschulabschluss. Höher ist die Unterstützung auch bei denjenigen, die schon mehr als 20 Jahre in Bayern leben. In den Regionen wird er am stärksten in der Oberpfalz und Niederbayern befürwortet, am wenigsten in Schwaben. Bei den erklärten Nichtwählern findet der Vorschlag ebenfalls durchschnittliche Unterstützung. Auch die **Einführung eines bundesweiten Aktionstages an den Schulen** zur politischen Beteiligung findet bei den Frauen noch größere Unterstützung ebenso wie bei den jüngeren Jahrgängen, aber auch bei den Über-60-Jährigen sowie den Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss und den erklärten Nichtwählern. Der Vorschlag nach **Verbesserung der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche** wird etwas mehr von den Männern und deutlich stärker von den Über-60-Jährigen unterstützt sowie etwas stärker von den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Hier

ist die Unterstützung größer bei denjenigen, die schon mehr als 20 Jahre in Bayern leben. In Franken sowie in der Oberpfalz und Niederbayern ist sie höher als in den anderen Regionen. Bei den erklärten Nichtwählern ist die Unterstützung etwas geringer.

Die **Online-Wahl** wird wiederum deutlich stärker von Frauen gefordert sowie von den jungen Jahrgängen; etwas überdurchschnittlich auch von den Absolventen von Volks- oder Hauptschule. In Oberbayern ist die Zustimmung hierzu am höchsten. Bei den erklärten Nichtwählern findet dieser Vorschlag überdurchschnittliche Unterstützung.

Ein weiterer, viel diskutierter Vorschlag forderte die **Stimmabgabe an anderen Orten** als dem Wahllokal (z. B. Bibliotheken, Bahnhöfe, Supermärkte oder Tankstellen). Dies wird einhellig abgelehnt – von Frauen und Männern gleichermaßen. Am stärksten ist die Ablehnung bei den Jugendlichen sowie den Wählern mit mittleren Abschlüssen. Höher ist die Ablehnung auch bei den Befragten mit Migrationshintergrund. In Franken ist die Ablehnung am größten; am geringsten ist sie in der Oberpfalz und Niederbayern. Von den erklärten Nichtwählern wird er dagegen überdurchschnittlich unterstützt. Die **Stimmabgabe in mobilen Wahlkabinen** wird hingegen mehrheitlich begrüßt; von Frauen stärker als von Männern und überdurchschnittlich von den Über-60-Jährigen sowie den Befragten mit niedrigem und mittlerem Schulabschluss sowie den erklärten Nichtwählern. Geringer ist die Zustimmung aber bei den Befragten mit Migrationshintergrund und denen, die noch nicht so lange in Bayern leben. Am höchsten ist die Zustimmung in Oberbayern und Franken.

Zusammenfassung

Insgesamt wird die Bedeutung der Wahlen einheitlich gesehen (mit großem Abstand am wenigsten wichtig werden die Europawahlen gesehen), aber Frauen finden sowohl die Europawahlen als auch die Kommunalwahlen etwas wichtiger als Männer. Bei den Befragten mit hoher formaler Bildung werden alle Wahlen wichtiger bewertet, während bei denen mit Volks- oder Hauptschulabschluss die Kommunal- wie die Europawahlen deutlich niedriger eingeordnet werden. Befragte mit Migrationshintergrund sehen Kommunalwahlen wie Bürgerentscheide als durchschnittlich wichtiger, die Europawahlen aber als unwichtiger an. Männer sehen die Wahlen eher als Bürgerpflicht als Frauen, aber Frauen sehen sich stärker als Stammwähler.

Für Volksentscheide auf Bundesebene ist (jedenfalls was die theoretische Akzeptanz angeht) die Zustimmung generell sehr hoch. Im Durchschnitt am höchsten ist sie bei Frauen, ebenso bei den Jüngeren und den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund. Diese werden aber auch nicht als Allheilmittel gesehen, am wenigsten bei den Älteren und den Gebildeteren.

Bei allen Fragen sind innerhalb Bayerns immer wieder Unterschiede zu erkennen. So werden in Oberbayern (mit München) alle Wahlen generell wichtiger gesehen. In Franken und in Schwaben sind die Bürger allen Wahlen gegenüber etwas kritischer oder distanzierter eingestellt. Umgekehrt sind dort auch die Erwartungen an die Volksentscheide etwas höher.

In der Studie wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen abgefragt, mittels derer die Wahlbeteiligung gesteigert werden könnte. Zunächst wird eine Wahlenthaltung als Instrument der Kritik skeptisch gesehen, am stärksten noch bei den Senioren, den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss oder Migrationshintergrund. Aber viele der diskutierten Instrumente stoßen auch nicht auf Begeisterung: Die Einführung einer Wahlpflicht wird deutlich abgelehnt, überdurchschnittlich von Frauen, Jüngeren und Befragten mit Abitur oder Studium. Dies gilt auch für die Abschaffung der 5-%-Sperrklausel, dort von Jüngeren wie Senioren und besonders von den Bürgern mit Volks- oder Hauptschulabschluss.

Positiv gesehen wird hingegen der Vorschlag, die Öffnungszeiten der Wahllokale auf 8 bis 20 Uhr zu verlängern, besonders stark bei den 16- bis 20-Jährigen und den Bürgern mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Eine Verlängerung auf eine Woche wird hingegen deutlich abgelehnt – besonders stark von den Jüngeren und den höher Qualifizierten. Unterstützung findet wiederum eine bessere Werbung für die Briefwahl, vorwiegend bei Frauen, den mittleren und älteren Jahrgängen und wieder den Volks- und Hauptschulabsolventen. Positiv gesehen wird auch die Einführung eines bundesweiten Aktionstages an den Schulen, dies überdurchschnittlich bei Frauen, Jugendlichen und Senioren. Das gilt auch für die Verbesserung der Wahlbeteiligung für im Ausland lebende Deutsche, was vor allem die Senioren befürworten.

Eine verstärkte Hinwendung zur Online-Wahl wird ebenfalls unterstützt, überdurchschnittlich von Frauen, Jugendlichen und Bürgern mit Volks- und Hauptschulabschluss. Das heftig diskutierte „Wahllokal vor dem ALDI“ (also an unkonventionellen Orten) wird hingegen durchgängig abgelehnt, am stärksten von den Jugendlichen. Hingegen findet die Idee einer mobilen Wahlkabine Zuspruch, überdurchschnittlich von Frauen, Senioren und den Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss.

Eine detailliertere Betrachtung der Studie zeigt, dass die Bürger Bayerns durchaus offen sind für Detailvorschläge zur Verbesserung der politischen Partizipation. Aus den unterschiedlich starken Zustimmungswerten in den verschiedenen Segmenten können möglicherweise Rückschlüsse darauf gezogen werden, wo die Politik und die politische Bildung mit eigenen Maßnahmen ansetzen könnten. Die Studie zeigt aber auch klar, dass viele der öffentlich oder in Fachkreisen diskutierten Vorschläge in der Bevölkerung keinen Anklang finden. Wie bei den Wahlen wird auch im Bereich der direktdemokratischen Elemente klar nach (vermeintlicher) Relevanz unterschieden. Auch der bayerische Wähler ist kritischer und wählerischer geworden. Mit simplen kosmetischen Vorschlägen zur Verschönerung der Stimmabgabe oder populistischen Schnellschüssen wird man das nicht ändern können.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

